

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands auf: Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739 Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 198 / 3. Jahrgang

Frankfurt a. M., 17. Dezember 1949

Seite 1

A III 1a CDU/CSU

Evangelische in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die „Union in Deutschland“ hat sich wiederholt, zuletzt in Nr. 192, vom 26. November, mit der Frage der evangelischen Christen in der CDU/CSU befaßt, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die hier und da noch zu beobachtende politische Zurückhaltung unserer evangelischen Freunde auf irrigen Voraussetzungen beruht. Es ist uns auch bekannt, daß anderwärts, wie z. B. in Südbaden, wo das konfessionelle Verhältnis 1:3 steht, vielfach auch eine festgefahrene Zentrumstradition Spannungen und Schwierigkeiten verursacht. Unter diesen Gesichtspunkten verdient der nachfolgende Beitrag aus der Feder des Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten Hermann Schneider, Konstanz, stärkste Beachtung. Wir hoffen, daß gerade diese Ausführungen von allen beherzigt werden, daß sie zu einer Klärung der Zweifelsfragen und letztlich zu einer stärkeren Hinwendung der evangelischen Freunde zu den Zielen der Unionspolitik beitragen.

„Die Frage des Anteils der evangelischen Vertretung in der CDU-Bundestagsfraktion ist weithin gestellt und diskutiert worden. Es ist bekannt, daß bei insgesamt 139 CDU-Abgeordneten 98 katholischer und 41 evangelischer Konfession sind. Es entstand wohl in weiten Kreisen die Frage, ob in diesem Verhältnis 7:3 wirklich eine einigermaßen gerechte Berücksichtigung der Evangelischen erfolgt sei. Zur Beantwortung dieser Frage gibt es verschiedene Prüfungsmerkmale.

Mit dem Rechenschieber ausgerechnet ist ohne Zweifel der Anteil zu schwach. In einer Wahlbetrachtung hat ein (übrigens katholischer) südbadischer Kreisvorsitzender mit Recht darauf hingewiesen, daß der CDU doch Millionen evangelischer Stimmen zugeflossen sein müßten, denn das alte Zentrum habe im gesamten deutschen Altreich einmal rund 4 Millionen als höchste Stimmzahl erreicht, während die CDU am 14. August mit 7,3 Millionen Stimmen die stärkste führende Partei geworden sei. Wenn man nur rechnet, müßte man noch hinzufügen, daß ja die 700 000 Zentrumstimmen von Nordrhein-Westfalen von jenen 4 Millionen abgehen und ebenso die Zentrumstimmen der Ostzonegebiete. Auf alle Fälle ist als Faktum festzustellen und muß erkannt werden, daß Millionen evangelische Männer und Frauen CDU gewählt haben und das Verhältnis 1:1 zwischen katholisch und evangelisch bestimmt keine Ungerechtigkeit wäre.

In der Praxis ist also das Verhältnis 7:3 herausgekommen, rechnerisch zu ungunsten von uns Evangelischen, aber leider vielfach durch eigene Schuld von uns Evangelischen begründet. Es ist eine Tatsache, die jeder evangelische Mann, der in unserer für das Schicksal unseres Volkes so entscheidenden Zeit in die Verantwortung gegangen ist, immer wieder erlebt: es wird zwar CDU gewählt, aber die praktische Mitarbeit in der Organisation der Partei, an den

Hebelstellen, wo Entscheidungen fallen, wird weithin versagt. Wir aktiven evangelischen Politiker schreien geradezu nach dieser Mitarbeit und suchen oft händeringend evangelische Männer für freie und von uns zu besetzende Schlüsselpositionen. Dabei muß noch gesagt werden, daß es selbstverständlich nicht nur um Taufschein-Evangelische geht, sondern um überzeugte, innerlich klarstehende Glaubensbrüder, die dann in ihrer Stellung durch Wort und Wandel auch vertreten, was bewußt evangelische Haltung erfordert. Es liegt also in der Zahl 7:3 auch ein Urteil über mangelnde Einsatzfreudigkeit und Aktivität des evangelischen Volksteils auf der politischen Ebene.

Nicht nur die Zahl, sondern auch die Persönlichkeit entscheidet erfreulicherweise auch im politischen Leben. Wir sind dankbar dafür, daß evangelische Persönlichkeiten wie Dr. Gerstenmaier, Kunze und Dr. Heinemann den vollen Einsatz im politischen Leben gewagt haben. Es liegt an uns, diesen Einsatz zu unterbauen und zu stärken. Wir dürfen nicht aus einer negativen konfessionellen Schau die Dinge betrachten, sondern müssen zu einem positiven, gemeinsamen, christlichen Handeln kommen, wobei in ehrlichem Ringen der evangelische Anteil so stark wie möglich gemacht werden soll.

Dieser Einsatz von uns Evangelischen verpflichtet aber auch die katholische Seite der Union dazu, daß sie in aller Konsequenz alle Versuche, eine konfessionelle (katholische) Politik zu treiben, unterbindet. Der Unionsgedanke muß auf beiden Seiten klar, ehrlich und aufrichtig gemeint sein und praktiziert werden, gleichgültig, ob die evangelische Konfession in der Mehrheit oder der Minderheit steht. Ja, ich möchte sagen, gerade in den Ländern, wo wir Evangelischen in der Minderheit sind, ist es ein Gebot der Klugheit, daß die führenden katholischen Männer sich davor hüten, sich durch „Ewig-Gestrige“ in eine Zentrums politik zurückdrängen zu lassen. Diese Gefahr besteht noch da und dort. Sie zu verkennen und wachsen zu lassen, bedeutet nicht nur eine Untergrabung des Unionsgedankens, sondern für die CDU den Verlust ihrer führenden Stellung. Denn darüber muß man sich in der Union klar sein, daß wir Evangelische, die entschlossen den Weg zur Union gegangen sind und bewußt bisher in ihr stehen, nur auf der Unionsbasis, d. h. der Gleichberechtigung und Gleichberücksichtigung mitarbeiten können und wollen. Ferner, daß das weitere Eindringen in evangelische Wählermassen entscheidend davon abhängt, daß wir die neue politische Idee der Union auch weithin sichtbar praktizieren.

Wer die politischen Zeichen der Zeit erkennt, weiß um die gemeinsame christliche Verpflichtung dem Heute gegenüber und muß jeder Zersplitterung absagen. Wir Evangelische sind dazu bereit und haben es durch die Abstimmung am 14. August bewiesen. Wir erwarten nun aber auch die wirkliche Gleichberechtigung und Gemeinsamkeit in der Union.“

A V h Schleswig-Holstein

SPD-„Demokratie“ in Schleswig-Holstein

In Abwesenheit der CDU, die die Mitarbeit an der von Ministerpräsident Dickmann vorgelegten Landessatzung aus prinzipiellen Erwägungen abgelehnt hat (vergl. Nr. 185 von 2. November) beschlossen die Ausschüsse für Verfassung und Innere Verwaltung des schleswig-holsteinischen Landtages, dem Plenum vorzuschlagen, die im nächsten Frühjahr fälligen Neuwahlen auf das Frühjahr 1951 zu verschieben. Da die SPD im Landtag 43 von 70 Sitzen innehat, muß damit gerechnet werden, daß in diesem Sinne beschlossen wird.

War schon die Vorlage der als Verfassung gedachten Landes-

satzung eine Provokation der CDU, in deren Auftrag Prof. Mangoldt energische Verwahrung einlegte, so muß mit noch größerem Recht die neuerliche Vergewaltigung der Opposition als eine unerhörte Herausforderung bezeichnet werden.

Der schleswig-holsteinische Landtag beruht auf den Wahlen vom 20. April 1947, bei denen die SPD 47,3 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Bei den Kreistagswahlen 1948 erhielt die SPD nur noch 39,7 v. H. der Stimmen, und bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 nur noch 29,6 v. H. Im einzelnen zeigt die politische Strukturwandlung folgendes Bild:

MITTELDEUTSCHE CREDITBANK

HAUPTVERWALTUNG FRANKFURT AM MAIN

Neue Mainzerstraße 32—36

Telefon 40441 und 41047

ABTEILUNG FÜR PRIVATKUNDSCHAFT

DEPOSITENKASSE BOCKENHEIM

GESCHÄFTSSTELLEN IN HESSEN:

Eschwege	Höchst	Offenbach
Friedberg	Kassel	Wetzlar
Giessen	Marburg	Wiesbaden
Hanau	Neu-Isenburg	Wiesbaden-Kastel

Erladigung aller bankmäßigen Geschäfte — Führung von Sparkonten

AKKREDITIERTE AUSSENHANDELSBANK

Weinhaus Fendel · Weingut Fendel

Rüdesheim - Eibingen / Rheingau

Nur Eigenbauweine von bekannter Qualität

*

Gartenterrasse mit herrlichem Rheinblick

Kirchenglocken

seit 1570

S.

B. Grüniger Söhne R. G.

Villingen (Baden) Neu-Ulm (Donau)

DEUTSCHE FASERSTOFF

G. M. B. H.

Freden (Leine)

Flachsaufbereitungs-
und Flockenbastwerk

Weingut und
Weinversand



JOHANN LEONH. ESER

Oestrich / Rheingau

Landstraße 52

Rheingauer
Qualitätsweine
in günstigen Preislage

Verlangen Sie die Weinlisten

	CDU, FDP, DP	SPD und KPD
Landtagswahlen 20. 4. 1947	418 893	520 392
Gemeindewahlen 24. 10. 1948	574 118	536 707
Bundestagswahlen 14. 8. 1949	721 799	456 983

Mit nicht einmal einem Drittel der Bevölkerung hinter sich regiert die SPD nach autoritären Methoden.

In dem ersten Entwurf der Landessatzung sollen nach dem Willen der SPD zwei der bedeutsamsten politischen Probleme, Bodenreform und Schulreform verankert und nur mit Zweidrittelmehrheit abgeändert werden. Nunmehr wird in dem Verfassungsentwurf noch die Bestimmung hineingeschmuggelt, daß nicht nur die künftige zu wählende Landtage, sondern auch der jetzt bestehende eine vierjährige Mandatsperiode besitzen soll. Die für Frühjahr 1950

fälligen Wahlen sollen also um ein ganzes Jahr hinausgeschoben werden.

Dieser Taschenspielertrick ist so plump, daß man sich entrüstet fragt, woher die SPD den traurigen Mut nimmt, die Abgeordnetenmandate einfach um ein Jahr zu verlängern und die Ministersessel in Jahr länger zu besetzen als ihr bei Neuwahlen vom Volke zugestanden würde. Die SPD exerziert hier ein Stückchen Demokratie, das mit ostzonalen Methoden eine auffallende Ähnlichkeit hat, und das ihr bei der Bevölkerung von Schleswig-Holstein auch den letzten Rest von Vertrauen unmöglich macht. Wie die SPD diese Art Demokratie mit den in Bonn lärmend geforderten demokratischen Grundsätzen vereinbaren will, bleibt vorerst das Geheimnis der Dickmann und Genossen.

A III 1 c KPD

Großes Reinemachen bei der KPD

Die von der westdeutschen KPD eingeleitete Säuberungsaktion ist eine seltsame Begleitmusik zu den Feiern, die die kommunistische Welt zu Stalins Geburtstag am 21. Dezember aufführt. Die breit angelegte Aktion, die offenbar auf höheren Befehl eingeleitet wurde, zeigt die typischen Merkmale der kommunistischen Parteijustiz: Es gibt Selbstkritik, Selbstbezichtigungen und Gelöbnisse zur Besserung am laufenden Band. Das Ziel ist die Ausrottung des „Titoismus“ und die innere Ausrichtung der Parteigenossen auf die marxistisch-leninistische Generallinie.

Eingeleitet wurde das Reinemachen in der zweiten Novemberhälfte mit der Beseitigung des Sekretariates des Landesverbandes der KPD Schleswig-Holstein und des Chefredakteurs Weiß vom „Norddeutschen Echo“, dem zum Vorwurf gemacht wurde, daß er klassenfeindliche Argumente zum Zwecke der Zersetzung der KPD propagiert und zur Grundlage endloser Diskussionen gemacht habe. Außerdem sei es Weiß gelungen, „die Mehrheit der Redaktionsmitglieder davon zu überzeugen, daß die freiwillige, auf revolutionärem Klassenbewußtsein beruhende Disziplin der Volkspolizei identisch sei mit dem Kadavergehorsam und dem Drill des preußischen Militarismus“. Die Aktion wurde fortgesetzt mit dem Ausschluß des Kieler Kreisvorsitzenden Latzke und sechs weiteren Parteimitgliedern. Der gesamte bisherige Parteivorstand wurde von seinen Funktionen entbunden.

In Hessen bekannte der zweite Vorsitzende der westdeutschen KPD, MdB. Walter Fisch, er habe „durch unmarxistische Argumente Parteifeinden den Boden für ihre zersetzende Arbeit innerhalb der KPD geebnet“. Im Rheinland wurde der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, MdB. Hugo Paul, auf höheren Parteibeschluß wegen „ungenügender Wachsamkeit“ bis zum Abschluß eines eingeleiteten Untersuchungsverfahrens von seinen Funktionen entbun-

den. Außerdem wurde Josef Schappe seiner Funktionen als stellvertr. Chefredakteur des Partei-Zentralorgans und Mitglied des KPD-Landessekretariates Nordrhein-Westfalen seiner Aemter entbunden. Es wurde ferner beschlossen, eine Untersuchung über das Verhalten eines Mitgliedes des KPD-Landessekretariates Nordrhein-Westfalen einzuleiten, das in dem „dringenden Verdacht steht, bis in die letzte Zeit Verbindungen mit dem Gegner aufrecht erhalten und verheimlicht zu haben.“

Mit der ideologischen Ausrichtung der KPD geht parallel eine Verjüngung des Führerkorps. Diese Forderung umschreibt der Informationsdienst des hessischen KPD-Vorstandes vom 6. Dezember wie folgt:

„Die Tatsache, daß nach 1945 keine großen Auseinandersetzungen zwischen dem werktätigen Volk und der Reaktion stattgefunden haben, ist eine wesentliche Ursache für den Kadermangel in unserer Partei. Die Erfahrungen der Arbeiter aller Länder zeigen, daß z. B. in hartnäckigen Lohnkämpfen, in mehrwöchigen Streiks tausende und zehntausende neue Kräfte auftauchen, geschult werden und erste Erfahrungen sammeln. Die Quelle der Kader unserer Partei ist der Kampf.“

Im besonderen will sich die KPD-Agitation den Heimkehrern aus der Sowjetunion und den Heimatvertriebenen zuwenden. Auf diese Weise soll der „nationale Volkskampf in allen seinen Formen“ gebildet werden, was wiederum die beste Gewähr für die „ideologische Klärung in der Partei“ ist.

Die westdeutsche Arbeiterschaft hat seit 1945 so viele anerkennenswerte Beweise der Einsicht und der Ruhe geliefert, daß auch die neuen kommunistischen Versuche, Unruhe zu stiften, erfolglos bleiben.

A III 2 Ausserparl. Parteien

Politische Gruppen und Vereine

„Deutsche Gemeinschaft“

Als erste nichtlizenzierte Partei konstituierte sich in München die „Deutsche Gemeinschaft“ (vergl. Nr. 195 v. 7. Dez.). An führender Stelle steht der bayerische Landtagsabgeordnete August Hausleiter, nach dessen Angaben die Deutsche Gemeinschaft vor allem in Süddeutschland verbreitet ist.

Nauheimer Kreis

Zu dem Verbot der Rengsdorfer Tagung äußerte sich Prof. Noack in einem Rundschreiben dahin, der Nauheimer Kreis werde „von jetzt ab den Weg des gewaltlosen Widerstandes gehen im Geiste Mahatma Gandhis“. In dem Rundschreiben heißt es u. a.: „Wenn Dean Acheson im Harnack-Haus in West-Berlin mit General Tschuikow Toaste auswechselt und dabei die Gläser einige Male nach russischer Sitte auf einen Zug leert, wie die „Neue Zeitung“ am 15. November meldet, dann dürfen auch wir Deutsche aller Parteirichtungen beanspruchen, in nüchternem Ernst und in der Sorge um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ohne dritten Weltkrieg oder deutschen Bürgerkrieg uns zu versammeln.“

Deutsche Aktion

Die von Prinz Hubertus zu Löwenstein ins Leben gerufene „Deutsche Aktion“ konstituierte sich am 3./4. Dezember in Amorbach (Odenwald). Sie will überparteilich sein und in völkerversöhnendem Geist die Erneuerung des Reiches in seinen historischen Grenzen in der abendländischen Gemeinschaft erreichen. Sie fordert eine starke, vom Volk getra-

gene Reichsgewalt, die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat, einen freiwilligen Arbeitsdienst zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und das Persönlichkeitswahlrecht ohne Rücksicht auf parteipolitische Bindungen. Neben dem „Reichssekretariat“ in Amorbach werden in München und sechs anderen westdeutschen Städten Zweigstellen unterhalten.

Kulturföderation freier Sozialisten.

Die Ende 1948 in Hamburg von dem Schriftsteller Heinrich Christian Meyer begründete „Union der unabhängigen und freien Sozialisten“, die Anfang d. J. in „Kulturföderation freier Sozialisten“ umbenannt, dann aber mit ihrer Monatschrift „Der freie Sozialist“ von der Besatzungsbehörde verboten wurde, soll, wie uns berichtet wird, in Wiesbaden unter dem Deckmantel der freireligiösen Gemeinde arbeiten. Leitung: A. Jung, Wiesbaden, Rheinstraße 8. Die verbotene Zeitschrift wird jetzt von der „Internationalen Gemeinschaft freier Sozialisten“ in Basel illegal nach Deutschland eingeführt. Daneben gibt die Wiesbadener Gruppe eine Zwei-monatsschrift „Der freie Gedanke“ heraus. Hinsichtlich ihrer Zielsetzung wird die ehemalige Kulturföderation als Wiedererrichtung der vor 1933 bestandenen „Deutschen Anarchistischen Bewegung“ angesehen.

Der Deutsche Block

Der Deutsche Block hielt am 19./20. Nov. in Schwabach bei Nürnberg seine dritte Reichstagung ab (vorjährige Tagung 27./28. Nov. in Weiden/Opf.). Zwölf Kreisverbände waren durch 48 Delegierte vertreten; weitere 21 Verbände

konnten aus finanziellen Gründen keinen Vertreter entsenden. Besser-Schwabach wandte sich gegen die Investierung ausländischen Kapitals in der deutschen Wirtschaft und gegen den Ausverkauf durch Demontagen. Er forderte die Anwendung des Wirtschaftssystems von Dr. Schacht. Ein anderer Redner wies auf die Gründung des „Bundes ehemaliger deutscher Soldaten“ hin. In einer internen Arbeitssitzung wurde Meißners egoistisches Verhalten und seine Postenjägerei scharf kritisiert und beanstandet, daß er die Fusion mit der Deutschen Rechtspartei und der Deutsch-Konservativen Partei abgelehnt habe. In einer öffentlichen Kundgebung bezeichnete Meißner den Deutschen Block als die kommende große nationale Bewegung.

C b Landesparteien

Zonenausschuß der britischen Zone

Zur Beratung organisatorischer Fragen trat der Zonenausschuß der CDU der britischen Zone am 9. Dezember in Königswinter zusammen. Beschlossen wurde die Bildung von 12 Ausschüssen für die verschiedenen Arbeitsgebiete. Die Ausschüsse sollen in engster Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion stehen, ihre Zusammensetzung soll nach der Neubildung des Zonenausschusses erfolgen. Dr. Adenauer behält weiterhin den Vorsitz des Zonenausschusses, doch soll ein geschäftsführender Vorstand unter Leitung von MdB Dr. Holzappel ihn bei der Erledigung der laufenden Arbeiten entlasten. Zum Geschäftsführer der CDU der britischen Zone hat Dr. Adenauer den Geschäftsführer des Landesverbandes Rheinland, Dr. Hans Schreiber, Köln, vorgeschlagen. Dr. Adenauer bezeichnete das Petersberger Abkommen als einen bedeutenden Erfolg, doch sei damit nicht gesagt, daß die Diskussion über die Demontage zu Ende sei. Bei der Beilegung des Konflikts mit Dr. Adenauer habe er sich hauptsächlich von außen aber auch von innenpolitischen Gründen leiten lassen. Ob die damit verfolgten Absichten erreicht seien, werde die Zukunft lehren.

C b Landesparteien

Landesvorstandssitzung der CSU

Der geschäftsführende Landesvorstand der CSU, der unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Erhard in München tagte, schloß sich den Forderungen des CSU-Bezirksverbandes Nürnberg-Fürth an, wonach die Landtagsfraktion beauftragt werden soll, im Landtag einen Antrag einzubringen, der den Mitläufern das passive Wahlrecht zuspricht. Der Landesvorstand beschäftigte sich ferner mit dem Ost-West-Problem und beauftragte den Vorsitzenden des Ausschusses für zwischenstaatliche Beziehungen, von Prittwitz-Gaffron, hierzu am 14. Januar einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Außerdem wurde beschlossen, den geschäftsführenden Vorstand um 5 bis 10 Mitglieder zu erweitern. Hinzugewählt wurden die beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Fritz Schäffer und Dr. Alois Hundhammer, Landtagsabgeordneter von Prittwitz-Gaffron, Staatsbaudirektor Franz Elfen für Wirtschaftsfragen sowie Frau Eva Schleip, Ansbach, für Frauenfragen.

A IV 8 a Ostfragen Allgem.

Ostzonengespräch Dr. Müller - Prälat Meixner

Auf einer Tagung der Kath. Jungen Mannschaft, die vom 2. bis 4. Dez. auf Burg Feuerstein (Opf.) stattfand, erklärte der bayerische Justizminister Dr. Müller, daß die Situation in der Sowjetzone oft in zu düsteren Farben gesehen werde. Der Mut der Politiker in den christlichen Parteien der Ostzone verdiene volle Anerkennung. Das Christentum könne keinen Eisernen Vorhang anerkennen. Wirtschaftlich befürwortete Dr. Müller eine Verbindung des westlichen Kredits mit dem östlichen Markt. Eine Gefahr vom Osten sei unwahrscheinlich, da Rußlands Zukunft in China und Indien liege. — Prälat Meixner bezeichnete es als selbstverständlich, daß der Westen sich mit dem Osten verbunden fühle. Er bezweifelte aber, ob Rußland an der wirtschaftlichen Entwicklung des Westens interessiert sei. Der Westen bedeute Freiheit, der Osten Unfreiheit. Im Osten werde die Kirche zum Katakombendasein verurteilt. Im Westen würde es nicht anders sein, wenn der Kommunismus siegen würde. Der Westen müsse sich auf der Grundlage einer neuen Sozialordnung so organisieren, daß er gegenüber dem Osten standhalten könne.

„Sozialdemokratische Aktion“ und SED

Die am 16. Oktober d. J. in Frankfurt aus der Taufe gehobene „Sozialdemokratische Aktion“ (vgl. Nr. 182 vom 22. Oktober) hat sich bereits wenige Wochen nach ihrer Bildung als ein Anhängsel der SED entlarvt. Der Vorsitzende des „Länderrats Berlin“ der Aktionsgemeinschaft, Hans Müller, erklärte auf einer Pressekonferenz in Berlin, die „Sozialdemokratische Aktion“ werde in allen wesentlichen Dingen mit der SED und KPD zusammenarbeiten. Die Berliner Gruppe war vorher auf einer Zusammenkunft mit den Leitern der Aktion, Artur von Machui, dem früheren Nürnberger Oberbürgermeister Karl Ziegler und dem Vorsitzenden der hessischen VVN, August Kuper, im Ostsektor Berlins gegründet worden.

A IV 7 a Allgem. Flüchtlingswesen

Flüchtlinge lehnen Goebel ab

In Nordrhein-Westfalen fanden unlängst die Wahlen zu den amtlichen Flüchtlingsausschüssen statt. Die Kandidaten für diese Ausschüsse wurden von den Ostvertriebenen in direkten Wahlen gewählt. In Lippstadt erbrachten die Wahlen ein Ergebnis, das weit über den Kreis Lippstadt hinaus beträchtliches Aufsehen erregte.

Bei der Konstituierung des Kreisflüchtlingsbeirates wurde nicht der Geistliche Rat Goebel zum Vorsitzenden gewählt, sondern der Postinspektor Seppelt. Herr Goebel, der in den Flüchtlingsbeirat gewählt worden war, um unter allen Umständen in den Bezirksflüchtlingsbeirat und von dort in den Landesflüchtlingsbeirat Nordrhein-Westfalen zu kommen, wurde bei der Wahl für den Vertreter für den Bezirksflüchtlingsbeirat übergangen. In diesen Beirat wurde eine Frau aus Niederschlesien gewählt. Herr Goebel erhielt nur eine einzige Stimme. Das bedeutet, daß er von seinem eigenen Kreise und von seinen eigenen ostvertriebenen Landsleuten abgelehnt worden ist.

Dieses Ergebnis ist für die Stimmung unter den Ostvertriebenen außerordentlich aufschlußreich. Die Husarenritte des Herrn Rates, besonders auf politischem Gebiete, haben das berechtigte Mißtrauen der Ostvertriebenen zur Folge gehabt. Herr Goebel war es, der bei den Wahlen zum Bundestag die Ostvertriebenen zur Aufstellung eigener Kandidaten aufforderte und der die Verantwortung dafür trägt, daß alle diese abgegebenen Stimmen restlos verloren gingen, da nicht ein Abgeordneter gewählt wurde.

Mit diesem Schritt hat Herr Goebel, und das wird ihm von den Ostvertriebenen am meisten zur Last gelegt, den Keim der Zersplitterung und der Uneinigkeit in die Reihen der Ostvertriebenen hineingetragen. Er trägt die Verantwortung dafür, daß der Verband der Ostvertriebenen, den er für seine politischen Zwecke mißbrauchte, einen gewaltigen Verlust an Einflußnahme auf das Geschick der Ostvertriebenen erlitten hat. Die Ostvertriebenen haben ihm durch ihre Wahlentscheidung in Lippstadt eine eindeutige Antwort erteilt.

A IV 7 a Allgem. Flüchtlingswesen

Warnung vor Flüchtlingsparteien

Auf einer internen Arbeitstagung des Landesausschusses der CSU-Arbeitsgemeinschaft „Union der Ausgewiesenen“ warnte MdB Schütz vor der Gründung einer eigenen Flüchtlingspartei, da dieser Weg die Flüchtlinge politisch in die Isolierung führe. Eine ideologische Verständigung mit der deutschen Satellitenregierung der Sowjetzone komme nicht in Frage, doch sollten die wirtschaftlichen Beziehungen mit den ostdeutschen Ländern, selbst wenn es Opfer koste, nicht abgebrochen werden. Der Generalsekretär der CSU, Franz Strauß, beschuldigte die Bayernpartei, die Bestrebungen zur sozialen Hilfeleistung für die Flüchtlinge auf dem Lande zu sabotieren.

A I a Ruhrkontrolle

Gewerkschaftsbund und Ruhrkontrolle

Als einen „ersten beherzten Anfang“ bezeichnete der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Böckler, in einem Gespräch mit Lord Pakenham den Abschluß des Petersberger Abkommens. Er hat damit erneut zum Ausdruck gebracht, daß der DGB nicht daran denkt, sich nach dem Willen der SPD zum Vorspann einseitiger parteipolitischer Interessen machen zu lassen. Zur Verstaatlichung der Kohlenindustrie erklärte Dr. Böckler, daß die Gewerkschaften für die Kohle eine ähnliche Dekartellisierung anstreben wie bei der Eisen- und Stahlindustrie. Das deutsche Wohnungsprogramm könne nur mit ausländischen Krediten durchgeführt werden.

C b Landesparteien**Nordhessische CDU gegen Koalition mit SPD**

Die Kreisverbände der nordhessischen CDU haben an den Landesvorsitzenden, Minister Dr. Hilpert, und an die Landtagsfraktion ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß die Kreisverbände auf Grund des Verhaltens der SPD im Bundestag es für geboten erachten, die bisherigen Koalitionsverhältnisse in Hessen und in den übrigen Ländern, wo die CDU in einer Koalition mit der SPD steht, eingehend zu überprüfen. In dem Schreiben heißt es wörtlich: „Es ist nach Meinung der nordhessischen Kreisverbände untragbar, mit der Partei, die der CDU im Bundestag die allergrößten Schwierigkeiten in den Weg zu legen versucht, auf Landesbasis noch weiter zusammenzuarbeiten. Der Landesvorstand der CDU Hessen wird gebeten, die Lösung des Koalitionsverhältnisses mit der SPD baldigst herbeizuführen.“ — Der Landesvorstand der hessischen CDU wird sich in Kürze mit dem Ersuchen befassen.

A V c Württemberg-Baden**Flüchtlingskommissar Bettinger entlassen**

Die württembergisch-badische Landesregierung hat sich endlich entschlossen, den kommunistischen Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen im Landesinnenministerium, Direktor Willi Bettinger, zu entlassen. Er wird nach Beendigung seines derzeitigen Urlaubs nicht mehr in seine Dienststelle zurückkehren. — Die Entlassung des Kommunisten Bettinger wurde von der CDU bereits vor mehr als Jahresfrist gefordert, da der kommunistische Flüchtlingskommissar gerade von den Menschen abgelehnt wurde, die ihr Flüchtlingselend den Gesinnungsgenossen Bettingers zu verdanken haben. Dem wachsenden Mißtrauen konnten sich auf die Dauer auch die öffentlichen und privaten Dienststellen nicht entziehen, für deren Zusammenarbeit mit dem Staatskommissar das gegenseitige Vertrauen die erste und unbedingte Voraussetzung ist.

A IV 7 a Allgem. Flüchtlingswesen**Grenzgänger und politische Flüchtlinge**

Die von führenden Politikern der CDU/CSU wiederholt ausgesprochene Vermutung, daß längst nicht alle illegalen Grenzgänger echte Flüchtlinge sind, wird durch eine Erklärung des Leiters der Prüfungskommission des Flüchtlingslagers Gießen bestätigt, derzufolge von rd. 30 000 bisher im Lager Gießen überprüften Grenzgängern aus der Sowjetzone nicht einmal 5 Prozent echte politische Flüchtlinge gewesen sind. Der größte Teil der Flüchtlinge komme aus wirtschaftlichen Gründen in die Westzone. — Diese Feststellung entkräftet die von dem Leiter des Kampfbundes gegen die Unmenschlichkeit, Dr. Rainer Hildebrandt, erhobenen Vorwürfe, daß in den Flüchtlingslagern Gießen und Uelzen eine „grelle Diskrepanz zwischen unbedingtem Helfenmüssen und Aktenverarbeitung besteht.“ Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß nach dem ausdrücklichen Willen des Bundesflüchtlingsministers Dr. Lukaschek das Asylrecht so weitgehend wie möglich gehandhabt werden soll.

A I c Saargebiet**Parteitag der CVP des Saargebietes**

Der vierte Landesparteitag der christlichen Volkspartei des Saarlandes, der vom 9. bis 11. Dezember in Saarbrücken unter dem Motto „Durch soziale Tat zum christlichen Staat“ durchgeführt wurde, war eine eindrucksvolle politische Demonstration des geschlossenen Willens des in der Mehrheitspartei des Saarlandes vereinigten Saarvolkes und eine überzeugende Rechtfertigung der vom Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Hoffmann verfolgten Politik. Der Parteitag, dem auch zahlreiche Gäste der christlichen Parteien der Nachbarländer beiwohnten, erlebte bemerkenswerte Höhepunkte durch die Verkündung eines Gnadenerlasses der Regierung aus Anlaß der Eröffnung des Heiligen Jahres und des zweijährigen Bestehens der saarländischen Verfassung sowie durch die Bekanntgabe eines Schreibens des französischen Hohen Kommissars, in dem er die großzügige Zurücknahme von Ausweisungen aus dem Saargebiet ankündigt.

A IV 6 g Fürsorge**Beihilfe für frühere Wehrmachtsangehörige**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat in einem Antrag die Staatsregierung ersucht, bei der Bundesregierung Mittel zu beantragen, um auch in Niedersachsen für die ehemaligen aktiven Wehrmachtsangehörigen und ihre Hinterbliebenen zur Beseitigung der größten Not möglichst noch vor Weihnachten eine einmalige Beihilfe auszahlen zu können.

B V a Beziehungen zu Deutschland**Kongreß der Christlich-Sozialen Partei Belgiens**

Am 5. Jahreskongreß der Christlich-Sozialen Partei Belgiens (PSC) in Brüssel nahm außer Abordnungen der Schwesternparteien Oesterreichs, Italiens, Frankreichs, Hollands, Luxemburgs, der Schweiz und Großbritanniens auch eine Delegation des Zonen-ausschusses der CDU der britischen Zone unter Führung des nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Gockeln teil. Die deutschen Gäste wurden sowohl bei den offiziellen Parteiveranstaltungen als auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften der flämischen und wallonischen Sektion der PSC herzlich willkommen geheißen — ein Beweis dafür, daß über die Erlebnisse zweier deutscher Angriffskriege hinweg auch die PSC sich der europäischen Aufgabe der westlichen Demokratien keineswegs verschließt. Wie die CDU/CSU so ist auch die PSC davon überzeugt, daß die christlich-demokratischen Parteien der beste Schutz gegen künftige gewaltmäßige Auseinandersetzungen sind. Höhepunkt des Parteikongresses war die Schlußansprache des der PSC angehörenden Ministerpräsidenten Gaston Eyskens, der als oberstes Ziel der Partei und der Regierung die Verwirklichung des Friedens auf allen Gebieten bezeichnete. Die deutsche Delegation war nachhaltig beeindruckt von der außerordentlichen Initiative, mit welcher die PSC, die über 49 v. H. aller Stimmen Belgiens verfügt, an die Verwirklichung ihrer Grundsätze, vornehmlich an die Schaffung einer sozialen Neuordnung im christlichen Sinne herangeht.

A V m Ländergrenzen**Für Klärung der Südwestfrage**

Die Landesvorsitzenden der Jungen Union von Nord-Württemberg, Nord-Baden, Süd-Baden und Württemberg-Hohenzollern sprachen sich auf einer Tagung in Rottweil dahin aus, daß die Frage des Südweststaates so bald wie möglich im Wege der Volksabstimmung geklärt werden müsse. Die Freudenstadter Beschlüsse (vergl. 187 vom 9. November / 193 vom 30. November) seien hierfür eine tragbare Grundlage. Die Probleme der kommunalen Selbstverwaltung und des Wohnungsbaues sollen in verstärktem Maße in die künftige Arbeit einbezogen und die Fragen des Mitbestimmungsrechtes im Hinblick auf die kommende Bundesgesetzgebung geklärt werden.

C d Junge Union**JU Hessen für Mehrheitswahlrecht**

Der Landesverband Hessen der JU hat seine Mitglieder aufgefordert, das Volksbegehren der Deutschen Wählergesellschaft in Hessen auf Einführung des Mehrheits- und Personenwahlrechts zu unterstützen und auf den von der Deutschen Wählergesellschaft verbreiteten Listen Unterschriften zu sammeln. Mit der Verwirklichung des Mehrheits- und Personenwahlrechts soll die hessische Verfassung folgende Fassung erhalten: „Der Landtag besteht aus den vom Volke nach den Grundsätzen der relativen Mehrheitswahl gewählten Abgeordneten.“

C d Junge Union**JU Hessen zur Schulgeldfreiheit**

Der Landesvorstand der JU Hessen hat in einem Schreiben an den hessischen Finanzminister Dr. Hilpert, den Kultusminister Dr. Stein und die hessische CDU-Landtagsfraktion die Forderung erhoben, bei der Befreiung von Schulgeld von einer elastischen Freigrenze von 400 DM auszugehen, dabei aber die soziale Lage der Eltern und die Lage des Wohnortes zum Schulort zu berücksichtigen. Auf die völlige Schulgeldfreiheit — die nach Auffassung der Regierung mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen nicht durchzuführen ist — könne nur verzichtet werden, wenn die Sparmaßnahmen auch auf anderen Gebieten durchgeführt werden. Dies gelte insbesondere für die Erfassung der hohen Währungsgewinne und die Rückforderung der bei der Währungsreform vielfach ohne Gegenleistung gewährten Geschäftsbeträge.

A IV 1 g Presse**Flutwelle von Schmutz und Schund**

Der Jahresertrag der minderwertigen Literatur in Westdeutschland wird auf 60 Millionen DM geschätzt. Allein 18 Schundheftserien haben seit der Währungsreform eine Auflage von über zehn Millionen Stück erzielt, für die von der Bevölkerung in einem Jahr 5,4 Millionen DM ausgegeben wurden. Der „Kirchliche Anzeiger“ zählt 71 Romanserien, 19 Magazine, 5 Nacktkulturschriften, 35 Illustrierte und 7 Wochenendzeitschriften auf, die man den Jugendlichen nicht in die Hand geben dürfe. Jedes Heft der Romanserien habe eine Durchschnittsaufgabe von 50 000 und jedes Magazinheft komme in 150 000 bis 200 000 Exemplaren auf den Markt.